

Seite 3

Die Leere nach dem Plan

Die Notunterkunft Köpenicker Allee in Berlin-Karlshorst galt als mustergültig. Doch nun ist sie unbewohnt. Weil der Senat meint, dass Flüchtlinge anderswo leben sollen

Von Petra Sorge



Raum in der Notunterkunft Köpenicker Allee in Berlin-Karlshorst.

PETRA SORGE (3)

Es ist später Nachmittag in Karlshorst. Das Zimmer, in das Rüdiger Kunz, Geschäftsführer des Berliner DRK-Kreisverbands Müggelspree, führt, erinnert ein bisschen an ein Schulandheim vor der Ankunft der nächsten Kinder. Vorn die Plastikstühle, übereinandergestapelt, hinten zwei Doppelstockbetten, die Matratzen ohne Laken, rechts die blauen Metallschränke, ein weißer Kühlschrank. An den Wänden hängen fünf Bilder. Blumen, Herzchen und eine syrische Flagge.

Hier, in diesem Zimmer in der Notunterkunft Köpenicker Allee, wohnte bis vor kurzem noch eine Flüchtlingsfamilie. Dann kam der Räumungsbeschluss. Rund 300 Personen mussten raus aus dem Haus, sie wurden auf andere Unterkünfte verteilt. Seit Ende März stehen die Häuser, die zu DDR-Zeiten errichtet wurden, leer.

Karlshorst war einst Berlins Muster-Notunterkunft, mit Freizeit- und Spielräumen, einer gut funktionierenden Ehrenamtsstruktur und vielen Helfern. Heute ist es Sinnbild für eine planlos wirkende Strategie der Integrationsministerin Elke Breitenbach (Linke), die eigentlich alles besser machen wollte in der Flüchtlingspolitik. Gebäude, die gut bewohnbar wären, bleiben nun leer, Geld, das anderswo gut zu gebrauchen wäre, wird verschwendet, sinnvolle Ideen von Praktikern, die schnell umsetzbar wären, werden ignoriert.

Kita ohne Kinder

Helfen will Breitenbach erstens den Geflüchteten, indem sie dauerhafte Wohnungen erhalten, am liebsten in Fertigbauten, den „Modularen Unterkünften für Flüchtlinge“ (MUF). Und zweitens den Berlinern, weil die Bauten später auch dem normalen Wohnungsmarkt zugeführt werden sollen. „Sie werden in Apartment-Bauweise errichtet“, sodass irgendwann Gruppen wie „Studierende, Alleinerziehende und andere“ einzeln könnten, erklärte Breitenbachs Sprecherin. Damit soll die Wohnungsnot in Berlin gelindert und die Flüchtlingsstatistik optimiert werden. Denn Berlin ist das einzige Bundesland, in dem Menschen noch in Notunterkünften wohnen. Da passte Karlshorst nicht mehr ins Konzept.

Wie es hier weitergeht, ist unklar. Das Deutsche Rote Kreuz war seit 2015 der Betreiber der Einrichtung. 1 800 Plätze gab es hier, auch wenn die nie ganz ausgelastet wurden, um Überfüllung zu verhindern. Direkt gegenüber wurde extra eine neue DRK-Kita errichtet – in die nun kein einziges Flüchtlingskind geht, wie Rüdiger Kunz sagt. Er ist überzeugt davon, dass man die Häuser leicht hätte an das Senatskonzept anpassen können und zeigt auf den PVC-Fußboden und die Fenster. „Wenn man hier jetzt noch

Teppiche und Gardinen einbringt, kommt man relativ nah an den Standard einer Gemeinschaftsunterkunft.“

Was Kunz nicht versteht, ist, dass in den vergangenen Wochen tatsächlich renoviert wurde, „obwohl sich längst abzeichnete, dass die Bewohner das Gebäude verlassen“. Zum Beispiel die Teeküchen: neue Fliesen, Elektroanschlüsse, frische Wandfarbe. „Hier würde nur noch ein Herd fehlen.“ In Haus fünf seien die Herde schon eingebaut. Auch an den Toiletten auf den Gängen wurde repariert. Oder einige Duschcontainer draußen auf dem Hof. „Die sind die ganze Zeit nicht nutzbar gewesen, und als die letzten Flüchtlinge das Gelände verlassen haben, wurden dann die fehlenden Container noch angeschlossen.“

Die Berliner Immobilienmanagement (BIM) erklärt, dass „kleinere Teilsanierungen während der Belegung“ durchgeführt worden seien. Der Senat spricht von „Reparaturarbeiten“ sowie „Strang-Arbeiten“, die „für die Aufrechterhaltung des Betriebs“ erforderlich gewesen seien. Zunächst sei tatsächlich geplant gewesen, das Gelände in eine Gemeinschaftsunterkunft umzuwandeln, die dafür erforderliche Sanierung sei „wirtschaftlich allerdings nicht darstellbar“.

Kunz will gehört haben, dass das Land Berlin bis 2025 über die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gewobag für das Grundstück Karlshorst zahlt. Ein Datum, das der Senat auf Nachfrage nicht dementiert. Angaben zu den monatlichen Kosten macht der Senat nicht: Eine Anfrage der Berliner Zeitung nach Einsicht in die Verträge zwischen Land, der landeseigenen Gewobag und dem privaten Investor nach dem Informationsfreiheitsgesetz wurde mit dem Hinweis auf das Geschäftsgeheimnis abgelehnt.

Auch für eine weitere frühere Notunterkunft in Lichtenberg zahlen die Berliner: in der Ruschestraße, auf dem Gelände der früheren Stasi-Hauptzentrale. Das Grundstück war im November 2015 vom Eigentümer beschlagnahmt worden, Grundlage war das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz, das solche Maßnahmen in Notfällen und akuten Gefahrenlagen vorsieht. Bis zu 1 300 Asylbewerber wurden hier untergebracht. Seit der Räumung im Juli 2017 steht auch dieses Gelände leer – trotz laufender Kosten.

In der verwaisten Unterkunft Karlshorst, schätzt Kunz, seien etwa ein Drittel der notwendigen Reparaturen erfolgt. Er spricht von „Geldverschwendung“. Der Senat hat andere Pläne: Ende März wurde bekannt, dass Karlshorst einer der 25 Standorte für neue MUFs in Berlin werden soll. Dies sei „bau-rechtlich und planungsrechtlich möglich“, erklärte eine Sprecherin der Berliner Zeitung. Derzeit würden dazu Gespräche mit der Wohnungsbaugenossenschaft Gewobag

geführt. Sollen also für den neuen modularen Bau die völlig intakten Häuser abgerissen werden? Genau das befürchtet man nun in Karlshorst. Der Senat dementiert: „Planungen, die Bestandsgebäude kurzfristig abzureißen, sind nicht bekannt.“ Aber wo sonst soll hier ein Modulbau entstehen? Dafür wären nur zwei Standorte denkbar: auf dem Spielplatz mit den Bäumen hinter dem Gelände oder auf dem Parkplatz davor. Beides, findet Kunz, „ist unsinnig“. Wilfried Nünthel, Lichtenberger Bezirksstadtrat für Umwelt, Verkehr und Öffentliche Ordnung (CDU), sagt, „man muss sich einen Grundriss schon genau ansehen und kann nicht einfach sagen, da ist eine Ecke frei, da baue ich das jetzt hin“.

Auch Dirk Kreß, bislang Ehrenamtskoordinator in Karlshorst, wundert sich über die Planungen des Senats: „Eine MUF lässt sich nicht von heute auf morgen aus dem Boden stampfen. Die Frage ist doch, was passiert bis dahin?“ Er führt in die Kleiderkammer im Keller der Notunterkunft, Abteilung Frauen-sachen. Hier hängen, sauber aneinandergereiht, bunte T-Shirts, Blusen, Jacken. Die Syrerin Nada Brahim, 43, reist extra aus Spandau an, mehr als eine Stunde Weg, um hier zu sortieren. „Ich liebe diese Arbeit“, sagt sie, „und hier kann ich immer Deutsch sprechen.“ Kreß sagt, rund 15 Leute kämen noch regelmäßig. Karlshorst sei nicht nur ein Hilfsprojekt samt funktionierender Fahrradwerkstatt gewesen, sondern auch ein sozialer Treffpunkt. Bis vor kurzem gab es auch Deutschkurse, und eigentlich sei auch eine Nähwerkstatt geplant gewesen. Nur: Es fehlen die Flüchtlinge, die jetzt die ganzen Sachen nachfragen.

Noch können die Ehrenamtlichen andere Lösungen finden, denn die hiesige Kleiderkammer ist landesweit vernetzt. „Zu uns kommen Spenden aus ganz Berlin, die rund um die Uhr, 24 Stunden abgerufen werden können.“ Zahlreiche Sozialprojekte seien von Karlshorst abhängig. „Wenn dem DRK jetzt hier gekündigt würde, dann wäre das das Worst-Case-Szenario“, sagt Dirk Kreß. „Denn dann kämen wir nicht mehr an die Räume und Spenden heran.“ Er fürchtet auch, dass ihm langsam die Ehrenamtlichen wegbrechen.

Der Wohlfahrtsverband hat dennoch ein Konzept, wie Karlshorst weiter genutzt werden könnte – als Unterkunft für Wohnungslose. Die Idee findet auch Kreß gut.

Schätzungen zufolge gibt es in Berlin 6 000 Obdach- und mehr als 30 000 Wohnungslose, davon etwa 1 500 allein in Lichtenberg. Das sind nicht nur Deutsche, sondern auch viele Flüchtlinge, die etwa aus anderen Bundesländern nach Berlin kommen, oder Menschen aus Osteuropa. Kunz geht davon aus, dass die Zahl der Wohnungslosen „rasant“ ansteigen werde. Schon jetzt reichen die Plätze nicht:

Zahlreiche Obdachlose bleiben auf der Straße, andere werden in Hostels und Hotels untergebracht, wie aus einer Antwort des Integrations- und Sozialsenats auf eine Anfrage der FDP von Mitte März hervorgeht. Kunz schätzt, dass ein Platz dort bis zu 80 Euro pro Person und Tag koste. „Hier in Karlshorst könnten wir sie bis zu dreimal günstiger unterbringen und sogar betreuen.“ Das wäre nicht nur für den Steuerzahler vorteilhafter. Das böte den Betroffenen, die in den Hotels oft sich selbst überlassen sind, eine Sozialperspektive. Das DRK hatte seinen Plan im Januar beim Berliner Gipfel gegen die Wohnungslosigkeit vorgeschlagen. Wohnungslose spielen in den Planungen des Senats zumindest in Karlshorst aber aktuell keine Rolle.

Das passt nicht zum Grundstück

Auch das Bezirksamt Lichtenberg zeigt sich von den Plänen des Senats „irritiert“. Denn nicht nur in der Köpenicker Allee wollen die Vorschläge des Landes nicht so recht zum Grundstück passen. Auch in der Rheinpfalzallee, ganz in der Nähe des Deutsch-Russischen Museums, gibt es Ärger. Hier soll ebenfalls eine modulare Unterkunft für Flüchtlinge entstehen. Der Bezirk hatte dem Senat eigentlich einen anderen MUF-Standort empfohlen – in der Rheinpfalzallee 83 sollte für einen Kindergarten und die Lew-Tolstoj-Grundschule am gegenüberliegenden Römerweg Platz geschaffen werden. Dort entstehen eine Turnhalle und ein Erweiterungsbau – was Fläche für die Kinder wegnehme, so Bezirksstadtrat Nünthel. Ob da überhaupt noch eine Flüchtlingsunterkunft hinpasse, „das weiß keiner“.

Das Gelände war 2015 schon einmal für eine Notunterkunft im Gespräch. Damals protestierten drei Grünen-Politiker gegen die Pläne: Denn das Areal ist offenbar über-seucht. Hier hatte die Sowjetische Militär-administration in Deutschland mehrere Fahrzeuge geparkt. Die Soldaten reparierten, putzten und tankten die Autos ohne Rücksicht auf Umweltschäden.

Wilfried Nünthel zufolge gibt es noch kein Gutachten für diese „problembehaftete Fläche“. Er schätzt, dass mehrere Meter Boden abgetragen und durch Erdreich ersetzt werden müssten. Ein teures und langwieriges Projekt. Eine Senatssprecherin erklärte, dass „die Sanierung belasteter Böden“ in Berlin „ein übliches Verfahren im Rahmen bauvorbereitender Maßnahmen“ sei. Über Kosten und Dauer machte sie keine Angaben.



Noch gut in Schuss: die Notunterkunft in der Köpenicker Allee.



In der Kleiderkammer: Dirk Kreß ist Ehrenamtskoordinator in Karlshorst.



Petra Sorge
half 2015 mit beim Aufbau der Lichtenberger Notunterkunft Ruschestraße.